INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

NEU: Sportteil

Nr. 12

15.Juli 1988

An die KonsumentInnen und ProduzentInnen
und speziell den Genossen-Leserbriefschreiber....
zunächst knallten die Sektkorken,die Freude war grenzenlos-
trotz Sommer,Sonne,Urlaubsflaute flatterte ein Leserbrief in
unsere geplagten Hände.Ganze neun Seiten,die auch uns in hef-
tige Diskussionen verwickelten,aber...der letzte Absatz be-
trübte uns sehr und löste nicht minder heftige Diskussionen
aus.Wir wollen nicht kürzen,wir veröffentlichen auch nicht
(wie gewünscht)das Original,wir mögen auch keine Bleiwüsten,
wir schätzen ebenso aktual ität,nur schaffen wir es einfach
nicht,eure Texte zu lay-outen und neu abzutippen(vor allem
nicht 9 Seiten).
Wir denken,der Text ist zeitlos und möchten ihn nächste Woche
gern veröffentlichen-lieber Genosse,mach dir die Arbeit und
schick uns bald ein druckreifes Exemplar-solltest du dein
jetziges wiederhaben wollen,laß es uns wissen!
und jetzt nochmal im Chor:bitte schickt uns lay-outete Werke
und Pamphlete.wir sind euch auf ewig dankbar.

INTERIM
Gneisenaustr.2a
1/61



EINLADUNG
zum
KOLLEKTIVE-TREFFEN

Kollektive

- der Traum von einer Sache ?
- Aushängeschilder reaktionärer Sozialpolitik ?
- nützliche Idioten des Systems ?
- Partner für's reformistische Kalkül einer linksliberalen, grünen Mittelschicht ?
- nützliche Idioten des Systems ?
- Sozialstationen als Auffangbecken für drop-outs ?
- heillos zerstrittene Fraktionen von AufsteigerInnen oder desillusionierten KämpferInnen ?
- tüchtige, leistungswillige HandwerkerInnen für einen sanierten Kiez ?

Viele KollektivistInnen erleben ihre Unzufriedenheit mit den Widersprüchen in der alltäglichen Arbeit unter den knallharten Bedingungen kapitalistischer Produktion lediglich als individuellen Frust. Ein Forum für eine gemeinsame Debatte der persönlichen und politischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten unserer Betriebe fehlt.
Das soll so nicht bleiben.
Im Juni haben sich erstmals wieder Leute aus wesrberliner Kollektiven getroffen, um Selbstverständnis, Perspektiven und IWF zu thematisieren. Folgendes wurde als Ausgangspunkt weiterer Treffen in Umrissen skizziert:
UTOPIE in den 70er Jahren WAR
Selbstverwaltetes Arbeiten ohne Stempeluhr, Chef und Ausbeutung. Das tägliche Brot ranschaffen, um den Rücken für praktischen Widerstand freizuhaben. Der letzte große Schub an Neugründungen datiert nicht umsonst aus der HausbesetzerInnen-Zeit. Kollektive schienen eine naheliegende Ergänzung zum gemeinsam organisierten Leben in den Häusern.
Oder mit dem Ziel, eine alternative Ökonomie mit Modellcharakter aufzubauen + beispielhaft für die LohnsklavInnen in den bürgerlichen Betrieben. Aus ihr sollte in Konkurrenz zum kapitalistischen Dogma der Profitmaximiereung ein wachsender Sektor von befreit und solidarisch arbeitenden Menschen entstehen, der letztlich - quasi naturwüchsig - das System kippt.
REALITÄT IST
Der Kampf um Konkurrenzfähigkeit, Professionalisierung, Knete usw. hat nicht nur tierisch Leute und Energien verschlissen, er hat auch im Zeichen von Zeitgeist, Wende pipapo aus Teilen der ehemaligen "Alternativbewegung" eine neue Mittelschicht hervorgebracht. Für einige ist das Mittel zum Zweck verkommen. Nur noch Geld machen ist angesagt. Der Unterschied zum klassischen Kleingewerbebetrieb beschränkt sich auf outfit und Haschpflanze im Büro. Manche haben sich -siehe Ufa-Fabrik- zum wohlgelittenen Feigenblatt konservativer Senatspolitik gemausert. Viele -z.B. aus der TAZ- haben erklärtermaßen ihren Frieden mit der Geselischaft geschlossen. Aber auch
die Spaltung bei KoMet
die Fights um Stattbau
oder die Krise bei Gegensatz
sind exemplarisch für verschiedene Momente von auseinanderfallen und Entpolitisierung dieser Szene.

Mit dem neuen Kollektive-Treffen soll jetzt der Versuch gestartet werden, über Klüngel und Stammtische hinaus die Debatte gemeinsam weiterzubringen -unter parteiischem Vorzeichen,-logo.

- Wie verstehen wir unsere Arbeit im Kollektiv?
- Was ist daran (noch) revolutionär?
- können und wollen wir mit unseren Kollektiven einen Platz im Widerstand einnehmen?
- Wie können wir da Kontinuität und Perspektive reinbringen?
- Wo können wir praktisch ansetzen?

Von der Vorbereitungsgruppe des ersten Treffens wurde ein Papier vorgestellt, das in den Vorschlag mündet, Eigentum an Mehrwert und Produktionsmitteln einer Organisation des revolutionären Widerstands zu übertragen. Das hat zwar keine Begeisterungsstürme ausgelöst und wurde erstmal fallengelassen, dennoch bleibt offen: Müssen wir die Strukturen unseres Arbeitens ändern, um Anpassungsmechanismen entgegenzusteuern? Wenn ja, wie?

Um nicht bei folgenloser Nabelschau stehenzubleiben, nun der zweite Ansatz:
vom 27.-29.9. steht in Westberlin die IWF/Weltbanktagung ins Haus. Tausende von Bankern aus den Zentralorganen imperialistischer Macht treffen sich, um neue Ausbeutungsstrategien gegenüber den Trikontvölkern zu planen. Mit ihrer Schuldenpolitik entscheiden sie über Leben und Tod von Millionen von Menschen, das ist ja wohl hinreichend bekannt.
Aber wo stehen wir da? Wie sind wir mit diesem Weltmarkt vernetzt? Welche Rohstoffe beziehen wir aus Übersee? Z.B. Holz für Tischlereien aus dem Regenwald, die Chips in unseren Computern und Satzgeräten aus den Billiglohn-Ländern in Fernost.
Wie werden unsere Ideen verwertet, verzerrt für eine neue Variante der "Entwicklungshilfe", die unter dem Begriff "Hilfe zur Selbsthilfe" die Verantortung für die Folgen von Ausbeutung und Unterdrückung kaltlächelnd an die Ausgebeuteten zurückgeben.
Was für ein Bewußtsein haben wir davon, daß auch unsere Produktion -ebenso wie der Lebensstandard in den Metropolen generell- auf dem Elend der anderen beruht?
Können wir alltägliche Konflikte mit Machostrukturen in unseren Buden auf weltweite patriarchale Unterdrückung beziehen?
Wir haben Möglichkeiten:
- wir haben eine politische Geschichte

- wir haben, gemessen an klassischen linken Gruppen, eine enorme Infrastruktur
- wir können als GrenzgängerInnen zwischen verschiedenen Szenen eine Wirkung weit über das Ghetto hinaus entfalten

Wenn wir wollen und damit anfangen.

Zum Beispiel:
Alle Betriebe machen kollektiv mehrere Tage dicht, blau, Ausstand und machen das öffentlich.
Die Anrufbeantworter haben eine Erklärung zum IWF auf Band
Die Betriebsfahzeuge machen einen Autokorso durch die City, den Kudamm rauf und runter
Lebensmittelläden verkaufen nur ausgewählte Produkte mit Soli-Zuschlag, an denen sich vermitteln läßt, wie Ausbeutung

funktioniert.

Die Stadt hängt voll mit Plakaten: Kollektive gegen Imperialismus
Wir organisieren Veranstaltungen zu einzelnen Themen
Wir stellen unsere Infrastruktur für Aktionen zur Verfügung,
Kneipen als Infoläden, Taxen als Soli-Transporter...............

Wir machen klar, daß die Umarmungsversuche der Herrschenden nicht greifen. Wir zeigen, daß unsere organisatorische Kompetenz auch zu anderen Dingen in der Lage ist, als zum Empfang von Politikern auf Wahlkampftour oder zum Renommieren für Sozialtechniker.
All das ist natürlich teuer, kostet Zeit, Zeit ist Geld, Geld ist knapp.Aber wo wollen wir uns solidarisieren und auch mal draufzahlen, wenn nicht da, wogegen unsere Betriebe mal gegründet wurden.

Wir müssen auch klären, wie wir uns zur Spaltung der IWF-Kampagne verhalten, mit wem wollen wir zusammenarbeiten?

Diskutiert diese Vorschläge in euren Plena!
Entwickelt eigene Ideen und Aktionen!
Und kommt damit zum nächsten Treffen

Am 19.Juli 88 um 19.30 Uhr
Im Mehringhof, Versammlungsraum

wo wir im ersten Teil über unser Selbstverständnis und im Zweiten über die IWF-Kampagne reden möchten.

Wir konnten nur einen Teil der Kollektive anschreiben (dabei drängte sich auch ständig die Frage auf:wer ist überhaupt ein Kollektiv?) Gebt diese Einladung bitte weiter!

Anklage gegen Ingrid Strobl und Ulla Penselin



Seit sechs Monaten sitzen Ulla Penselin und Ingrid Strobel in Untersuchungshaft. Die erste Haftprüfung und Haftbeschwerde wurden beide negativ beschieden. Die Isolationshaftbedingungen der ersten Monate wurden im April gelockert. Die Ermittlungen sind inzwischen abgeschlossen. Die AnwältInnen haben Akteneinsicht erhalten. Die Anklagen sind bei dem Oberlandesgericht in Düsseldorf erhoben worden. Mitte bis Ende Juli wird erneut eine mündliche Haftprüfung stattfinden. Prozeßbeginn wird für beide voraussichtlich Anfang 1989 sein. Anklageerhebung und Haftprüfung sind für uns ein erneuter Anlaß, nachdrücklich die sofortige Freilassung von Ulla und Ingrid zu fordern.

Dies ist ein Ausdruck unserer grundsätzlichen Ablehnung dieses Staates, dem wir das Recht absprechen, Menschen zu verurteilen, die gegen die vielschichtigen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Diese Forderung basiert nicht auf einer wie auch immer gearteten Schuld/Unschuldsvermutung. Sie orientiert sich nicht an Maßstäben der Rechtsstaatlichkeit, nicht an fadenscheinigen Beweisen und windigen Konstruktionen unter Ausnutzung des § 129a. Mit diesem Staat, der die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse gegen Menschenleben und Menschlichkeit mit allen Mitteln durchsetzt, haben wir nichts gemeinsam. Schon gar nicht Begriffe, wie Recht, Schuld und Unschuld.

Unsere Forderung nach Freilassung der kämpfenden Gefangenen ist ein Bestandteil der notwendigen Solidarität mit denen, die von der Justiz verfolgt werden. Die Forderungen nach Freilassung und Zusammenlegung stehen für uns nicht gegeneinander. Wir wollen die Diskussion über die Situation von Gefangenen, über Zusammenlegung und Freilassung, um eventuelle gemeinsame Vorstellungen und sich daraus ergebende Praxis zu diskutieren. Es gilt, das Leben der Gefangenen im Knast zu sichern durch Kontakt zu GenossInnen aus ihren politischen Zusammenhängen und anderen Gefangenen, durch Forderung nach Zusammenlegung, Umschluß, Aufhebung der Postzensur, Wegfall der Trennscheibe, Abschaffung von Kontaktverboten usw. Knast ist Teil des staatlichen Zwangsapparates gegen alle, die sich ihr Leben nicht klauen lassen wollen, die sich verweigern, die sabotieren, rebellieren, Widerstand leisten. Somit wird Knast Realität für viele, oft für lange Zeit. Zwangsweise treffen hier die verschiedensten Menschen aufeinander, mit unterschiedlichen Geschichten und Erfahrungen, aus unterschiedlichen Szenen, mit unterschiedlichem Bewußtsein.

Leben im Knast heißt Auseinandersetzung mit den Gefangenen und deren Lebensgeschichten, Organisierung gegen die täglichen Schikanen mit denen, die dazu bereit sind, Diskussionen mit Menschen aus den eigenen, jeweiligen Zusammenhängen als wichtigste Grundlage zur Erhaltung der eigenen politischen Identität. Wir können den Knast zwar nicht abschaffen, aber solidarisch mit den Gefangenen für die Durchsetzung ihrer jeweiligen Forderungen kämpfen.

Die Gefangenen sind für den Staat direkt greifbar. Er versucht, sie klein zu kriegen. Sie sollen sich distanzieren, abschwören. Der Angriff auf die Gefangenen ist nicht zu trennen vom Widerstand außerhalb des Knastes. Überall dort, wo das Gewaltmonopol nicht mehr anerkannt wird und es eine breite Sympathie für legale, illegale, scheißegale Widerstandsformen gibt, setzten die Repressionen ein.

Wir sparen uns die bekannte Kriminalisierungsliste von der „Radikal" bis zur Startbahn. Ihren schärfsten Ausdruck finden die Repressionen wohl zur Zeit in Bayern. Dort können mittlerweile kaum

noch politische Veranstaltungen stattfinden. Diese müssen vorher angemeldet werden. Wenn sie nicht im Vorwege verboten werden, ist es üblich, daß zwei Plätze für die Bullen bei Veranstaltungen reserviert werden müssen. Jeder Versuch, dies zu verhindern, wird mit erneuter Repression beantwortet. Ein Beispiel dazu ist das Verbot einer Veranstaltung zu Kurdistan und der Situation der kurdischen GenossInnen, die hier wegen § 129a im Knast sitzen. Auf der Veranstaltung sollte kein Kurde reden bzw. sollte nicht über Kurdistan geredet werden dürfen.

Insofern sind die Durchsuchungen und Verhaftungen vom 18.12. nichts qualitativ Neues. Haftbefehle mit ähnlichen Konstruktionen werden schon seit Jahren unter dem Schlagwort „legale RAF" ausgestellt. Jüngstes Beispiel dafür sind die Verhaftung am 18.12.87 von Rico und Andrea in Düsseldorf.

Bei der BKA-Aktion im Dezember ging es in erster Linie darum, Fahndungserfolge gegen die RZ und die Rote Zora vorzuweisen. Ein Fahnder des BKA drückte den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Verhaftungen so aus: „Wir sind wie ein Unternehmen, das das ganze Jahr über rote Zahlen schreibt und jetzt am Ende des Jahres doch noch einen Gewinn aufweisen kann." Was die Bullen in ihrer Erfolglosigkeit gegen RZ und Rote Zora und deren organisierter Militanz am meisten zu schaffen macht, ist, daß ihre Aktionen immer im Zusammenhang mit breiten politischen Bewegungen stehen und deren Zustimmung und Sympathie finden. Die Anschläge richten sich gegen profitträchtige Projekte und Firmen, z.B. gentechnologische Einrichtungen, Zulieferfirmen von AKWs, Siemens-Computerzentralen, Menschenhändler usw.

Die Rote Zora begreift sich dabei als Teil des radikalen Frauenwiderstandes, was in der Auswahl ihrer Objekte deutlich wird. Hieraus erklärt sich das massive Vorgehen des BKA gegen Frauen und Frauengruppen, die sich national und international organisieren, die versuchen, politische Ansätze im Kampf gegen Patriarchat und Imperialismus zu entwickeln, die Gentechnologie und Bevölkerungspolitik als Herrschaftsinstrumente begreifen und radikal ablehnen.

Anklage

Die Bundesanwaltschaft hat gegen Ulla und Ingrid am 7.6.1988 Anklage erhoben. Sie stellt den Antrag, das Hauptverfahren vor dem OLG Düsseldorf zu eröffnen; beide sollen weiterhin im Knast bleiben, und sie strebt an, beide Verfahren zusammenzulegen. Ulla wird vorgeworfen, im August '87 gemeinsam mit anderen an neun Brandanschlägen gegen Filialen der Fa. Adler beteiligt gewesen zu sein, die zur Unterstützung des Arbeitskampfes südkoreanischer Adler-Fabrikarbeiterinnen gemacht worden sind.

Ingrid wird vorgeworfen, am Sprengstoffanschlag auf das Lufthansahauptgebäude im Dezember '86 in Köln beteiligt gewesen zu sein, der gegen Flüchtlingsabschiebeflüge und Sexbomberflüge nach Südostasien gerichtet war.

Die Verlegung des Prozesses nach Düsseldorf kann nur als Schachzug der Bundesanwaltschaft (BAW) gesehen werden, die U-Haft zu verlängern; denn die Staatsschutzkammer dort ist bis Januar 1989 mit einem anderen Prozess beschäftigt, während andere mögliche OLG's eher hätten verhandeln können. Zudem ist die Staatsschutzkammer Düsseldorf für ihre drakonischen Urteile bekannt. Aus all dem wird deutlich, daß die BAW plant, nach Jahren ausbleibender Fahndungs- und Verurteilungserfolge, einen großen RZ/Rote Zora-Prozeß zu inszenieren.

Die „Beweise": Nichts Neues!

Die Anklageschrift bringt trotz des erheblichen Umfangs von angeblichem Beweismaterial nur die bereits bekannten Konstruktionen:

Ingrid soll einen Wecker gekauft haben, der angeblich vom BKA gekennzeichnet und bei dem Anschlag benutzt wurde. Damit wird ihre Mitgliedschaft in den RZ begründet. Außerdem wurde ein Interview mit der „Roten Zora" in der Frauenzeitschrift „Emma" abgedruckt, als sie dort als Redakteurin arbeitete.

Ulla soll sich unter „konspirativen" Umständen zweimal mit anderen Frauen getroffen haben, die ebenfalls vom BKA gekennzeichnete Wecker gekauft haben sollen. Eines dieser Treffen fand zwei Wochen vor den Adleranschlägen in Osnabrück statt.

Wie wird frau Mitglied der Roten Zora?

Ein Schlaglicht auf die Argumentationsweise der BAW wirft die Konstruktion von Ullas angeblichem Eintritt in die Rote Zora. Am 31.1./1.2.1987 fand in Marburg ein Anti-Gen-Kongreß statt. Neben vielen anderen nahmen dort auch Frauen teil, die schon einmal einen BKA-gekennzeichneten Wecker gekauft haben sollen und somit als Mitglieder der Roten Zora gelten. Außerdem haben andere Frauen einen geschlossenen Karton in den Tagungsraum getragen. Es wird dort über ein „anschlagrelevantes" Thema diskutiert.

Aus diesen drei Komponenten strickt sich die BAW folgende Schlußfolgerung zusammen. Da an dem Treffen Rote-Zora-Verdächtige teilgenommen haben, müssen in den Kartons auch Erklärungen und Diskussionspapiere der Roten Zora gewesen sein. Da der Kongreß zu einem „anschlagrelevanten" Thema stattfand, muß auch über diese Papiere diskutiert worden sein. Aus diesen Diskussionen kann Ulla nur den Schluß gezogen haben, Mitglied der Roten Zora zu werden. Da dies alles so gewesen sein muß, sieht die BAW in dem im Sommer stattfindenden „konspirativen" Treffen in Osnabrück bestätigt. Angeklagt wird dann nach § 129a, der speziell eine Verurteilung ermöglichen soll, wenn keine konkrete Beteiligung an einer Tat nachzuweisen ist.

Ähnlich verhält es sich mit der Tatsache, daß die anderen Beschuldigten einen Wecker gekauft haben sollen, wie ihn die RZ oft benutzt haben. Bei den Adler-Anschlägen ist aber gar kein Wecker benutzt worden.

Desweiteren wird Ulla ein Treffen im Herbst in Telgte vorgeworfen, mit wiederum „konspirativem" Verhalten, wo etwas geplant sein muß, von dem die BAW annimmt, daß es ein Anschlag gewesen sein muß.

Trotz umfangreichem Beweismaterial enthält die Anklageschrift nichts, was auf eine konkrete Beteiligung an einem der Adler-Anschläge hinweist, deshalb wird versucht, Ullas Mitgliedschaft in der Roten Zora über ihre Bekanntschaft mit Frauen zu begründen, gegen die der gleiche Verdacht besteht. So kann der Verdacht gegen eine Frau den Verdacht gegen eine andere erhärten und umgekehrt.

Zur weiteren Untermauerung des Verdachts werden sogenannte Erkenntnisse über die Organisationsstruktur der RZ angeführt, so die abgeschotteten Zellen, legale Existenz und freundschaftliche Kontakte, desweiteren von der RZ typisch benutzte Gegenstände, wie Wecker, Elektroteile usw.

Aus einem Brief von Ingrid (München, 29.4.87)

... Das ist ein Effekt der Isolationshaft, daß man die Hermetik internalisiert, die Sprache verliert, auf Terminologie zurückgreift. Es ist ein schrecklicher Effekt, aber offenbar nicht vermeidbar. Ich zum Beispiel wollte ja durchaus nicht die Hardlinerin spielen, und trotzdem — es ging einfach nicht anders. Ich habe jetzt mühsam meine Sprache wiedergefunden, in der Arbeit am Buch, aber vor allem eben durch die Möglichkeit, zu SPRECHEN, auch wenn's nur Blödsinn und nur an zwei Stunden des Tages ist. Wenn du wochenlang 24 Stunden pro Tag durchschweigst UND auch noch kein Material zur Verfügung hast, dann tritt offenbar zwanghaft dieser Effekt ein, und das finde ich mörderisch, bedrohlich, beängstigend bis dorthinaus. Ich bin ja nun wirklich ein Mensch, der über Sprache reflektiert, der sein Leben lang nichts anderes getan hat, als eben zu lesen und zu schreiben, wenn das also schon mir passiert, dann weißt Du, was sich bei Leuten abspielt, die nicht so sprachfixiert sind und wesentlich länger als drei Monate in Totaliso sind ...

... bin sehr gespannt, ob zum Beispiel die weniger politisierten oder auch ablehnenden Teile der Bewegung sich aufraffen können, gegen Isolationshaft zu kämpfen, (protestieren, was auch immer ihre Formen seien). Ob sie jetzt kapieren, daß das nicht geht, daß Menschen in einer Betongruft verschwinden, egal, wie frau selber politisch zu diesen Menschen steht. Na, we shall see. Ich leiste mir gerade einen geradezu leichtfertigen Optimismus ...



V.i.s.d.P.: Prozessgruppe Hamburg;
c/o Schwarzmarkt
Paulinenplatz
2000 Hamburg 50

PRESSEERKLÄRUNG

am späten nachmittag des 6.7.88 wurde andreas semisch in wiesbaden von einem festnahmekommando der polizei verhaftet und verschleppt.

andreas war erst seit ca. eineinhalb monaten wieder auf freiem fuß, nachdem er vorher ein gutes halbes jahr in un tersuchungshaft gesessän hatte. ihm war nach den ereignissen an der startbahn-west a m 2.21. 87 vorgeworfen worden, einer "terroristischen vereinigung" anzugehören. da die beschuldigungen gegen ihn, unter denen seinerzeit der haftbefehl ausgestellt wurde, im hinblick auf die anstehenden startbahnverfahren, an denen die öffentlichkeit starkes interesse haben wird, haltlos waren, mußte er mitte mai freigelassen werden. auch war er in keinem moment zum dialog mit polizei und staatsschutz bereit, sondern setzte in der haft den kampf um seine ziele fort.

die polizei informierte noch am späten nachmittag die mutter von andreas über dessen festnahme und teilte ihr mit, daß er sich über die nacht im polizeipräsidium wiesbaden befände, um am nächsten tag (7.7.88) dem haftrichter beim bundesgerichtshof in karlsruhe vorgeführt zu werden. sie sagten ihr noch, daß es "neue erkenntnisse gäbe". präzieseres war an diesem abend nicht zu erfahren, da andreas auch verwehrt wurde, einen anwalt seines vertrauens hinzuzuziehen. inzwischen gibt es einen neuen haftbefehl gegen ihn aufgrund von§129a.

aus der annahme heraus, daß sich andreas noch in wiesbaden befindet, fand in der nacht noch eine spontane kundgebung am polizeipräsidium statt,umandreas in dieser situation zu vermitteln, daß er nicht alleine ist. bei der kundgebung waren ca. 60 personen anwesend. es wurden parolen gerufen und feuerwerkskörper geworfen, damit andreas im gewahrsam etwas von der kundgebung mitbekommt.

es kam weder vor dem polizeipräsidium noch beim anschließenden gemeinsamen rückweg richtung westend zu irgendwelchen sachbeschädigungen seitens der kundgebungsteilnehmerInnen. es ging beim rückweg lediglich darum, sich gemeinsam vor eventuellen übergriffen von seiten der polizei zu schützen. trotzdem versperrte die polizei den kundgebungsteilnehmerInnen die aus der hermannstr. kamen, am bismarckring den weg

sie bildeten einen kessel, von hinten gingen polizisten mit hunden, reizgas und knüppeln gegen die leute vor. im laufe dieser auseinandersetzung wurden ca. 25 personen von der polizei festgenommen und eine ganze menge durch gas und vor allem durch bisse von hunden, die von der polizei gezielt gegen die leute gehetzt wurden, verletzt. zwei personen mußten zur behandlung ins krankenhaus gebracht werden. die polizei besetzte das gesammte westend um einzelne leute durch zivile greiftrupps festzunehmen.

die verschärfte repression nach den ereignissen am 2.11.87 soll einem wiederstandsbewegung in dieser region zerschlagen. die kundgebung hat gezeigt, daß ihnen das nicht gelungen ist und nicht gelingen wird.

-NO PASARAN

KEINE STARTBAHN WEST

7.7.88

Dieser Beitrag von der Knastkundgebung vom 23.6 war bisher noch nicht beim INTERIM gelandet.

wir berichten in unserem beitrag über die aktuelle situation von zwei gefangenen aus der raf, angelika goder und günter sonnenberg, als beispiel, wie der staat krankheiten und verletzungen kämpfender gefangener zu einer waffe gegen sie zu drehen versucht. wir werden aufzeigen, wie medizinische vernachlässigung teil des gesamten vernichtungskonzepts gegen revolutionäre gefangene ist und woran es zerbricht: an dem selbstbestimmten kampf der gefangenen. schlechte betreuung durch zu wenig oder inkompetente ärztinnen, schlampige diagnosen, mangelnde versorgung mit den notwendigen medikamenten und spezialbehandlungen trifft alle menschen im knast und besonders die, die sich wehren. jeder widerstand gegen den knast als instrument im klassenkampf ist politisch und somit für uns relevant. in diesem beitrag wollen wir aber die situation revolutionärer gefangener in den mittelpunkt stellen, weil der kampf, den sie im knast weiterführen, perspektivisch mit dem zusammenkommt, was auch wir wollen.

angelika goder wird seit 1982 krankengymnastisch wegen eines hüftgelenkschadens behandelt, doch hat sich ihre krankheit in den letzten jahren verschlimmert und droht ihre bewegungsfreiheit massiv einzuschränken. die erste der zwei erforderlichen operationen (der einsatz von künstlichen hüftgelenken) sollte im juni 1986 unter ständigem beisein einer justizbediensteten stattfinden. das lehnte angelika ab. sie kämpfte draußen für selbstbestimmung und kollektivität und setzt diesen kampf unter traktbedingungen fort, wobei ihre krankheit ihre kampf- und lebensbedingungen beeinträchtigt. um besser gehen zu können und durch die permanenten schmerzen nicht weiter eingeschränkt zu sein, fordert angelika eine operation ohne staatsschutzkontrolle im krankenzimmer, die ihr bis vor kurzem verweigert wurde. jetzt haben die justizbehörden eine zusage zur operation im zentralen knastkrankenhaus von nrw, fröndenberg, gegeben. diese zusage kommt einerseits in einer situation in der die schweine der kampagne des widerstands zur durchsetzung der operation offensichtlich nichts mehr entgegensetzen konnten, nachdem ihnen ihre prozesse gegen angelika und gabi (wegen widerstands gegen knastbullen) sowie ihre prozesse gegen das ex und die backstube (wg. 129a, wg. des plakats zu angelika) auf die füße gefallen sind: die prozesse haben mehr öffentlichkeit für angelika mobilisiert, als ihnen lieb sein konnte. das zugeständnis, mit dem sie das thema von angelikas operation aus der öffentlichen schußlinie ziehen wollen, ist auch außdruck der politischen unhaltbarkeit ihres isolationsprogramms. andererseits fällt die zusage in eine situation verschärfter haftbedingungen von angelika und gabi rollnik, mit der sie in moabit im hochsicherheitstrakt zusammen ist: seit der entlassung von monika berberich im märz 1988 zweierisolation. schon vor monis entlassung hatten die beiden ihre zusammenlegung mit hanna krabbe, christine kuby und irmgard möller, drei gefangenen aus der raf in

lübeck, beantragt. die ablehnung des antrags wurde mit der unveränderten haltung der frauen zu raf und bewaffneter politik und der gefahr gegenseitiger bestärkung in dieser haltung begründet. stattdessen bereitet der justizsenat die verlegung von angelika und gabi in die plötze vor.
jetzt, nach jahren der verschleppung einer operation, ist deren erfolg nicht nur von dem eingriff selbst, sondern auch maßgebend von den bedingungen, unter denen nachbehandlungen und genesung stattfinden, abhängig. d.h. für die konkrete situation angelikas haftbedingungen, die allermindestens nicht schlechter als in der kleingruppe vor monis entlassung sind. deshalb wollen angelika und gabi zu den frauen nach lübeck.
grundsätzlich ist angelika mit einer operation in fröndenberg einverstanden, lehnt diese unter den gegenwärtigen bedingungen verschärfter isolation und unklarer weiterer perspektive jedoch ab. machen wir weiterhin druck für eine operation von angelika ohne staatsschutzkontrollen im krankenzimmer unter Haftbedingungen, die eine Operation ermöglichen. Gabi und Angelika fordern für sich die Zusammenlegung mit den Frauen in Lübeck.
Auch an dem Beispiel von Günter Sonnenberg zeigt sich, wie die Behandlung von Krankheiten und Verletzungen in der Konfrontation der Gefangenen mit dem staat eine politische frage ist, wie die frage der haftbedingungen auch, und wie damit die justiz unverhüllt als machtfrage umgeht.
günter wurde 1977 bei einem schußwechsel durch schüsse in den kopf lebensgefährlich verletzt. an den verletzungsfolgen arbeitet er bis heute. die isolationshaftbedingungen lassen eine wiederherstellung seiner gesundheit nicht zu. 1985 wurde seine abhängigkeit von dem antiepileptikum 'rivotril', das günter seit seiner verletzung einnimmt, für einen mordversuch gegen ihn benutzt: der anstaltsarzt sagte ihm, er könne das medikament sofort absetzen. dieser abrupte eingriff führte zu einem epileptischen anfall. zufällig konnte ein anderer anwesender gefangener seinen sturz auffangen, so daß ihr kalkül, ihn umzubringen, nicht aufging. die knastleitung hat kein wirkliches interesse an der absetzung von 'rivotril', da die wirkung des medikaments die wirkung der isolation verstärkt. um das medikament absetzen zu können, stellte günter im september 87 einen antrag auf behandlung durch einen arzt seines vertrauens und forderte die zusammenlegung mit roland mayer, mit dem er seit 85 gemeinsam hofgang hat. günter hat während seiner über 11-jährigen gefangenschaft immer wieder die betreuung durch ärzte seines vertauens gefordert, was aber nur mit der praktischen solidarität von draußen durchgesetzt werden kann.
die letzte untersuchung fand 1985 statt. wir fordern die freilassung von günter sonnenberg, sofortige vertrauensärztliche behandlung und zusammenlegung mit roland mayer.
der umgang der staatlichen behörden mit angelikas und günters situation bringt

zum ausdruck, wie sie versuchen, an jedem punkt die politische identität der gefangenen und die politik, für die sie stehen, zu zerstören. in der situation von krankheit und schwäche versuchen sie einen weiteren angriffspunkt zu setzen um die gefangenen zu demoralisieren und ihr bewußtsein von gemeinsamen kampf durch das gefühl von isolierter ohnmacht zu verdrängen. ein zitat der angehörigen der politischen gefangenen in der brd bringt auf den punkt, woran ihr vorhaben immer wieder scheitert: "weltweit kämpfen die politischen gefangenen dafür, sich die strukturen zu schaffen, in denen sie das, was sie sich im kampf draußen erobert haben an bewußtsein, haltung moral, an neuen beziehungen untereinander gegen die gefängnismaschinerie durchzusetzen. die ziele und inhalte, für die sie kämpfen, für befreiung, für eine neue gesellschaft, sind in ihrem kampf als gefangene gegenwärtig und finden ihren sichtbaren ausdruck in den gefangenenkollektiven. und so sind sie und verkörpern gegenmach gegenüber dem staat."

so wie jeder schritt von uns draußen auf den verschiedenen ebenen zusammenwirkt, sich gegenseitig verstärkt und dierevolutionäre bewegung insgesamt vorantreibt, so gehört auch der kampf um zusammenlegung auf dem terrain knast in dieses kräftespiel.

"auf der einen seite sind die gefangenen greifbar für den staat, für seine gewalt, auf der anderen seite sind sie, ihre politik, ihre inhalte und ziele, ihre organisierung, die sie sich als revolutionäre schaffen und in der sich ihre vorstellungen von einer neuen gesellschaft ausdrücken, präsent sichtbar. präsent und sichtbar, das heißt als politische kraft für alle, die in den jeweiligen ländern kämpfen, anfangen zu kämpfen oder auch nur spüren, daß sie was anderes wollen."

zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand

operation von angelika goder unter haftbedingungen, die ein erfolgreiche operation ermöglichen

freilassung von günter sonnenberg, sofortige ärztliche behandlung und zusammenlegung mit roland mayer



Kapitalstrategien und Klassenkampf

BRD: ANGST VOR ZAHLEN

Im ersten Halbjahr 1988 ist die Zahl der Ausländer in der BRD und das Bruttos ialprodukt beide 2% gestiegen. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 14. Juli mit. Damit hat die Zahl der Ausländer einen neuen Höchststand von 4,717 Millionen erreicht.
Am stärksten vertreten waren nach der Auszählung vom Juni 1988 die türkische GenossenInnen mit 1,511 Millionen oder 32%. Es folgen, wie schon in den vorangegangenen Jahren, die GenossenInnen aus Jugoslawien mit 603.000 oder 13%, ItalienerInnen (auch GenossenInnen mit 548.000 oder 12% GenossenInnen aus Griechenland (287.000 oder 6%) und österreichische GenossenInnen (178.000 oder 4%). Den sechsten Platz ergatterten erstmals die GenossenInnen aus Polen (163.000 oder 3%), gefolgt von den spanischen GenossenInnen (145.000 oder 3%), deren Anzahl leider abnimmt. Von Ami-Soldaten und Bayern war nicht die Rede. Am schnellsten im kommen sind die polnische GenossenInnen mit einem Wachstum von +21% (weit über das BSP)!

ALLMONATLICHE HETZE

Das Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Mai 7.173 Asylbewerber registriert. Wie Zimmermann in Bonn mitteilte, sind das 895 Bewerber mehr als im April. Laut Zimmermann hat das Bundesamt in diesem Jahr über 33.5o9 Anträge entschieden und dabei nur 3.158 Bewerber als Asylberechtigte anerkannt. Das entspreche einer Anerkennungsquote von 9,4 Prozent!

Nach Angaben von Zimmermann war Hauptherkunftsland im ersten Halbjahr Polen mit 12.136 Bewerbern, gefolgt von der Türkei(7543), Jugoslawien(5.251), Iran (3784), Libanon(13o8) und Pakistan(1.139). Aus dem Ostblock kamen fast 36% aller Asylsuchenden.

ANTI-FLÜCHTLINGS-POLITIK

MEHR ALS EINE MILLION FLÜCHTLINGE IM SÜDLICHEN AFRIKA

Der Außenminister von Sambia, Luke John Mwananshiku, hat im Bonn um größere Unterstützung für die Fluchtlinge und Vertriebenen im südlichen Afrika gebeten. Konflikte, Aufstande, Dürre und Hungersnöte in der Region hätten dazu geführt, daß mehr als eine Million Menschen ihre angestammte Heimat verlassen mußten, erklärte der Minister. Als Hauptursache der Massenfluchtbewegung sieht er das Apartheid-Sastem in Südafrika.
Ohne eine stärkere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft könnten die Frontstaaten Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Swasiland, Simbabwe und Tansania die Not der Fluchtlinge und Vertriebenen nicht lindern.

PANIKMACHE IN ÖSTERREICH

Die Flut polnischer Fluchtlinge nach Österreich hat in den vergangenen Tagen Schlagartig zugenommen. Wie das Wiener Innenministrium mitteilte, trafen allein letzten Montag drei Busse aus Polen mit 181 Flüchtlingen im Lager Traiskirchen ein. Innenminister Blecha sagte, daß die Wiedereinführung der Visumsfreiheit für polnische Staatsbürger "nicht zu einer Einbahnstraße in Richtung Flüchtlingslager" werden dürfe.
Unterdessen setzen in Wien 66 abgewiesene polnische Flüchtlinge ihren Hungerstreik fort. In Traiskirchen kam es zu einer Demo polnischer Asylbewerber gegen das neu eingeführte Schnellverfahren für Flüchtlinge aus Polen und Ungarn. Sie protestierten gegen "Imperialismus und Kolonialismus". Österreich hatte angesichts der steigenden Zahl polnischer und ungarischer Asylbewerber-Staatsbürger beider Länder können seit Beginn des Jahres ohne Visum einreisen-ein Schnellverfahren eingeführt, in dem innerhalb kürzester Zeit über den Antrag entschieden wird. Mehr als 90% der Asylbewerber aus den beiden Staaten konnten bei den Überprüfungen keine Verfolgungsgründe im Sinne der Flüchtlingsregelungen nennen. "Diese Personen würden nirgend auf der Welt politisches Asyl erhalten-auch in Österreich nicht" sagte Blecha. Zur Zeit gebe es in Österreich 20.000 anerkannte politische Flüchtlinge und 15.000 Asylbewerber. Blecha wies darauf hin, daß es in Österreich seit 1945 über 2Mio. Flüchtlinge aufgenommen wurden, von denen etwa 620.000 im Lande blieben

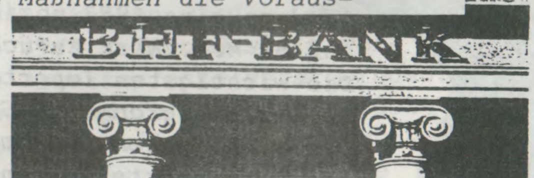
ZAHL DER RGW-FLUCHTLINGE STARK ANGESTIEGEN

Die Zahl der Fluchtlinge aus der RGW-Ländern ist im ersten Halbjahr 1988 rapide angestiegen. Fast 65.000 Menschen sind aus Ost- und Südosteuropa in die BRD gefluchtet, beinahe dremal so viel wie voriges Jahr im gleichen Zeitraum. Rür das gesamte Jahr rechnet die BRD-Regierung mit 150.000 bis 160.000 Fluchtlinge aus diesen Ländern. Das wären so viel wie seit 1950 nicht mehr.
Aus der UdSSR sind jetzt schon die höchste Zahl von Ausreisen der letzten 30 Jahre: knapp 16.500 gegenüber nur 3.840 im ersten Halbjahr 1987. Mehr als verdreifacht hat sich auch die Zahl der Fluchtlinge aus Polen. In den ersten 6 Monaten reisten knapp 41.700 Menschen ein (Vorjahr: 13.209).

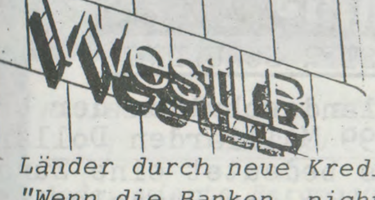


IWF: SCHULDNERLÄNDER STRENGEN SICH NICHT GENUG AN!

Der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Camdessus, hat die Schuldnernländer zu verstärkten Anstrengungen für Wirtschaftsreformen aufgefordert, da solche Maßnahmen die Voraus-

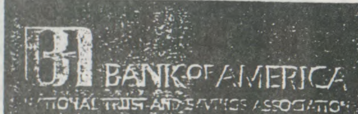


setzung für den Erfolg der jüngsten westlichen Initiativen zum Abbau der Schuldenlast seien. Gleichzeitig appellierte er an die Geschäftsbanken, die "reformwilligen"



Länder durch neue Kredite zu belohnen. "Wenn die Banken nicht mehr tun, um Anpassungsbemühungen in Ländern mit MITTLEREM EINKOMMEN zu unterstützen, dann wird die Wiedergewinnung einer AUSREICHENDEN ZUWACHSRATE verhindert", sagte Camdessus vor dem Sozialrat der Vereinten Nationen.



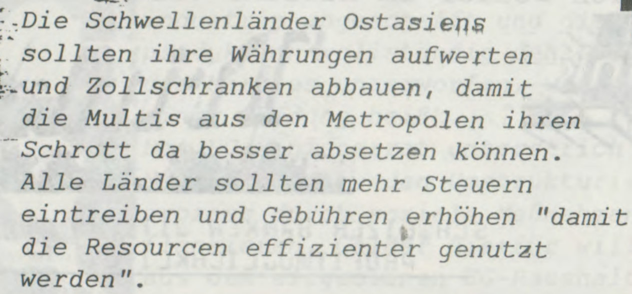


WELTBANK: GÜRTEL ENGER SCHNALLEN - SONST MACHEN WIR ES!

In ihrem Anfang des Monats vorgestellten Entwicklungsbericht macht die Weltbank noch einmal deutlich, daß die hochverschuldeten Länder sparen,sparen,sparen müssen. Sonst hilft ihnen keiner. Haushaltsdefizite vermindern, Steuer- und Ausgabenpolitik reformieren und



die Verwaltung dezentralisieren. Der Rückgang der Wachstumsraten und der Konjunktur sei in einigen Entwicklungsländern gravierender geworden als zur Zeit der Wirtschaftskrise in den Industriestaaten, wird in dem Bericht sorgenvoll festgestellt.



Die Schwellenländer Ostasiens sollten ihre Währungen aufwerten und Zollschranken abbauen, damit die Multis aus den Metropolen ihren Schrott da besser absetzen können. Alle Länder sollten mehr Steuern eintreiben und Gebühren erhöhen "damit die Resourcen effizienter genutzt werden".

Außerdem wäre es vorteilhaft, die Zuständigkeit für bestimmte öffentliche Aufgaben den Gemeinden zu übertragen (da, wo sie ganz bestimmt nicht gelöst werden können) Dadurch würden VERANTWORTUNGSGEFÜHL und EINSATZBEREITSCHAFT gestärkt.



BRAVES UGANDA

Im Bemühen, die Verwaltungskosten zu senken und die Inflation einzudämmen, hat die ugandische Regierung beschlossen, rund ein Viertel der im staatlichen Besitz befindlichen Unternehmen zu privatisieren. Unter den 22 zu veräußernden Betrieben befinden sich Textilfabriken, Autoimportfirmen sowie Eisenerz- und Goldminen. Amtlichen Angaben aus dem Jahr 1986 zufolge gibt es in Uganda 87 Unternehmen, die sich ganz oder teilweise in staatlichem Besitz befinden. Bei einer Reihe von Betrieben, etwa der Eisenbahn, der Fluggesellschaft, der Zuckerfabrik und der Zementfabrik werde die Regierung weiterhin das gesamte Aktienkapital oder eine Mehrheitsbeteiligung halten.

SUDAN BRICHT VERHANDLUNGEN MIT IWF AB

Sudan hat seine Umschuldungsverhandlungen mit dem IWF abgebrochen, nachdem sich beide Seiten nicht auf Wirt-

BANK OF TOKYO

schaftsreformen für Sudan im kommenden Jahr einigen konnten. Im Mittelpunkt der Kontroverse hätten Streitigkeiten über den für 4 Jahre ausgearbeiteten Plan der sudanesischen Re-

CITIBANK

The First National Bank of Chicago Düsseldorf Branch

gierung zur wirtschaftlichen Erholung des Landes gestanden.
Im Februar 1986 hatte der IWF Sudan als Kreditunwürdig eingestuft und weitere Kredite für ein Umschuldungs-



programm verweigert. Im Oktober hatte sich die Regierung in Khartum einigen einschneidenden Forderungen des IWF gebeugt. Dazu gehörte eine Abwertung der sudanesischen Währung um 80% und höhere Preise für Treibstoff und Zucker. Sudan ist mit mehr als 10 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.





SCHWEIZER BANKEN WITTERN NEUE PROFITMÖGLICHKEITEN

Standard

Die Schweizer Großbanken sind wieder bereit, Kredite nach Lateinamerika zu vergeben. Nachdem die Institute in den vergangenen Jahren ihre Guthaben in Südamerika substantiell abgebaut hatten, bereiteten sie sich darauf vor, der Region wieder Geld zu leihen, sagte Enrique Iglesias, Präsident der Interamerikanischen Entwciklungsbank (IDB).
Iglesias hatte am 5. und 6. Juli in der Schweiz mit Bankvertretern und Behördenmitgliedern konferiert. Nach seinen Worten waren die europäischen und speziell die Schweizer Banken nach dem Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre "sehr konservativ" in ihrer Kreditpolitik gegenüber lateinamerikanischen Schuldnern.
Eine der Möglichkeiten, die im Gespräch seien, sei die gemeinsame Finanzierung SPEZIFISCHER PROJEKTE in Lateinamerika durch die IDB und Schweizer Geschäft-

BRD-HANDEL MIT "ENTWICKLUNGS_LÄNDERN" NIMMT AB

Der Außenhandel der BRD mit außereuropäischen Entwicklungsländern ist 1987 hinter der Entwicklung des Warenverkehrs mit den anderen Ländergruppen zurückgeblieben. Die Ausfuhr schwächte sich vor

ROYAL BANK OF CANADA AG

allem in die OPEC-Länder ab. Die Einfuhr aus den Entwicklungsländern ging 1987 nominal um 5 % auf 50 Mrd. Mark zurück. Die wichtigsten Importeure sind Taiwan, Hongkong und Südkorea. Die wichtigsten Abnehmer in der BRD produzierter Waren sind Indien, Iran und ebenfalls Südkorea.

KKG

NATIONALE DE PARIS

USA SIND GRÖSSTER SCHULDNER

Die Netto-Auslandsschulden der USA sind 1987 um 99 Milliarden Dollar gestiegen, das bedeutet eine Zunahme von 36,8%. Wie das Handelsministerium in Washington am 1. Juli mitteilte, betrugen die Schulden gegenüber dem Ausland am Jahresende 1987 368,2 Milliarden Dollar (1986 waren es 269,2 Milliarden Dollar). Damit sind die Vereinigten Staaten seit fast 2 Jahren der größte Auslandsschuldner.

THE FUJI BANK LTD.
FILIALE DÜSSELDORF
HAUPTNIEDERLASSUNG TOKYO



RAUSSCHMISSE IN DER BRAUNKOHLE-FÖRDERUNG

Die Rheinischen Braunkohlenwerke (Rheinbraun), Deutschlands (?) größter Förderer, haben im vergangenen Jahr mit 103 Mio. Tonnen 4,4% weniger Braunkohle aus dem Bodengekratzt als im Jahr davor. Das Unternehmen stellte in Aussicht, daß die Förderung noch weiter zurückgehen wird.
Bis Ende 1989 sollen deshalb weitere 700 Arbeitsplätze verschwinden. Ausschlaggebend für den Absatzrückgang seien vor allem die geringere Abnahme von Braunkohle durch die Muttergesellschaft RWE, aber auch der geringere Verkauf von Braunkohle zum Heizen in den Privathaushalten und für die Stahlindustrie.

RAUSSCHMISSE IN DER STAHLINDUSTRIE

Die Massenarbeitslosigkeit an der Saar wird nach Einschätzung der Arbeitskammer des Landes in den 90er Jahren weiter zunehmen. Selbst nach optimistischen Schätzungen, heißt es in ihrem Jahresbericht, wird es 1995 80.000 Arbeitsplätze weniger geben. Weitere Fehlentscheidungen aus Bonn zur Stahl- und Kohlepolitik, aber auch im Baubereich oder zur Bundesbahn, würden die Situation weiter verschärfen.
Die Arbeitslosenquote liegt im Saarland zur Zeit bei 13,1%. Die tatsächliche Zahl dürfte nach Einschätzung der Kammer aber wesentlich höher liegen, da die Erwerbstätigkeit der Frauen um fast 12% unter dem Bundesdurchschnitt liege und diese ja bekanntlich durch das Raster der Statistik fallen.

RAUSSCHMISSE BEIM STEINKOHLEN-BERGBAU

Jeder vierte Bergmann bei der Ruhrkohle AG wird nach Unternehmensangaben bis 1995 gehen müssen. Die Belegschaft müsse um mehr als 20.000 auf 90.000 Beschäftigte reduziert werden. Dafür müßten aber 30.000 gehen, weil die Ruhrkohle jedes Jahr junge Mitarbeiter nach der Ausbildung übernehme.
In den dann 17 statt 21 Schachtanlagen würden dann nur noch Facharbeiter arbeiten.
Vorstandschef Heinz Horn erklärte, die Förderkapazität müsse um mehr als 10 Mio. Jahrestonnen abgebaut werden, damit die Halden nicht noch weiter wüchsen.
Für den geringen Absatz machte Horn die europäische Stahlindustrie verantwortlich.
An sie seien 1,5 Mio. Tonnen weniger geliefert worden. Auch die Kraftwerke haben 700.000 Tonnen weniger abgenommen.

EURO-STAHL DEN MARKTGESETZEN UNTERWORFEN

Seit dem 1. Juli ist die Quotenregelung in der europäischen Stahlindustrie abgeschafft und die Stahlproduktion vollständig den Gesetzen des Marktes unterworfen, wie es in einer Meldung heißt.
Der EG-Ministerrat unterstrich die Notwendigkeit, den Umstrukturierungsprozess durch soziale Maßnahmen zu flankieren. Gelder hierfür will man aus dem allgemeinen EG-Haushalt lockermachen.

...UND SO WERDEN DIE FOLGEN ABGEMILDERT

Die EG-Kommission wird nach eigenen Angaben für insgesamt 46.500 von Betriebsschließungen in acht EG-Mitgliedsstaaten betroffene Stahl- und Kohlearbeiter Beihilfen im Betrag von umgerechnet 280 Mio. Mark zur Verfügung stellen. Wenn das jeder Bergmann ausgezahlt kriegte wären es immerhin zwei bis drei Monatslöhne. Vermutlich aber geht das meiste in irgendwelche Beschafffungsmaßnahmen für Ersatzarbeitsplätze , fließt also als Umstrukturierungs-Finanzierung wieder direkt in den Rachen des Kapitals zurück.

Die Entdeckung des Nichts.

BABYSITTING IM KONZERN
amerikanische Firmen buhlen
um weibliche Arbeitskräfte

55%der amerikanischen Mütter mit Kindern
unter sechs Jahren sind erwerbstätig.Über
die Hälfte der Berufstätigen sind Frauen,
80%davon im reproduktionsfähigen Alter.
Sie haben sich zu einer wirtschaftlichen
Macht entwickelt und sich ihren Arbeit-
gebern unentbehrlich gemacht.In den USA
gibt es keinen Mutterschutz,Versuche,die-
sen durch eine Gesetzesvorlage im Kon-
greß einzuführen scheiterten:Großfirmen
und Verbände bildeten eine Kotra-Lobby:
"Solche Zugeständnisse benachteiligen
die anderen Arbeitnehmer".

Doch Amerikas Frauen verlassen "in Scha-
ren" das Berufsleben,und diese Entwick-
lung veranlaßt Arbeitgeber,die Probleme
der Doppelbelastung von Frauen in den Griff
zu bekommen:wenn Frauen dem Berufsleben
entfliehen,tun sie dies meist mit der
Begründung,daß sie den Streß,beides zu
sein,Berufstätige und Mutter,nicht mehr ver-
kraften können.Außerdem sei das Betriebs-
klima"unfreundlich"und die Arbeit"bedeutungs-
los".Die Unternehmer bemühen sich nicht aus
Nächstenliebe:Streß bedeutet Produktionsaus-
fall.Einige Unternehmen haben errechnet,daß
Eltern von Vorschulkindern pro Jahr fast
2000 Dollar Verlust bescheren,durch Abwesen-
heit,für private Telefonate,etc.
Eine"Frauenzeitschrift"schuf eine Trophäe
für die für Frauen attraktivste Firma,die
einmal im Jahr an"die besten amerikanischen
Firmen für arbeitende Mütter"vergeben wird.
40 Firmen wurden in der letzten Verleihung
als vorbildlich erwähnt,aus folgenden Grün-
den:

Flexible Arbeitszeit:
Apple Computer(5200 Angestellte,davon 2500
Frauen)bietet sie Frauen und Männern an.
Die Firma unterhält eine Kindertagesstätte
und vergibt 3000 Dollar,wenn ein Angestell-
ter ein Kind adoptiert.
Hoffmann la Roche(Pharmazeutischer Konzern
mit 12000 Beschäftigten,davon 6000 Frauen)
bietet neben flexibler Arbeitszeit auch
Berufsberatung und Stellenvermittlung für
Ehegatten,deren Partner in eine andere Nie-
derlassung versetzt wurden.
Steelcase(weltgrößter Hersteller von Büro-
möbeln,12.000 Beschäftigte,davon 2580 Frau-
en):300 Ehepaare teilen sich bereits eine
Stellung.Die Firma unterhält Kitas,Fitness-
Zentren,Swimming-Pools.Sie vergibt 3000
Dollar bei Adoptionen.

Schwangerschafts-und Mutterhilfe:
Procter und Gamble(Waschmittel-und Kör-
perpflegekonzern,45600 Beschäftigte,davon
14.000 Frauen):gewährt 8 Wochen vollbezahl-
ten Schwangerschaftsurlaub,dazu die Alter-
native einer kürzeren Arbeitswoche.22%der
Manager sind Frauen.
Fel-Pro(Chemische Fabrik mit 1700 Beschäf-
tigten,davon 680 Frauen):veranstaltet neun-
wöchige Sommerlager für Kinder von Angestell
ten.
Polaroid(Optischer Konzern mit 11000 Ange-
stellten,davon 4400 Frauen)
zahlt,gestaffelt nach Einkommen,20-80%der
Kitakosten.
Arco(Sechstgrößte Ölgesellschaft mit 27455
Beschäftigten,davon 7190 Frauen):25%der
Manager und 27%der Techniker sind Frauen.
Schwangerschaft wird als"Berufsfremde
Körperbehinderung"kategorisiert und unge-
wöhnlich gut kompensiert.Nach 5 Jahren
Firmenzugehörigkeit werden 8 Wochen be-
zahlten Urlaubs gewährt,dazu 20Wochen zum
halben Gehalt.

Besonders gute Karrieremöglichkeiten:
Mcdonalds(9500 Restaurants in 45 Ländern,
mit 126400 Beschäftigten,davon 70750
Frauen)eine der wenigen Firmen,die
einen Collegeabschluß nicht zur Vorbe-
dingung zur Karriere machen.

13 der 40 Trohäengewinner bieten noch
keine Möglichkeit der Kinderbetreuung.
In einem Unternehmerjournal wurde ein
"Konsortien- Konzept"erwogen:eine Reihe
von Firmen finanziert die Ausrüstung
entsprechender Einrichtungen gemeinsam
und engagiert dann für deren Unterhaltung
ein Fachunternehmen.
Die Amerikaner nennen dies"fortschritt-
lich"und"kreativ"und sehen es als in-
teressante Stufe auf dem Weg in die an-
gestrebte Doppelrolle der Frau:
Gute Mutter zu sein,aber auch gut im
Beruf.

FRAUENARBEIT I

FRAUENARBEIT II

VERHÜLSDONK GEHT VON VERLÄNGERUNG DES ERZIEHUNGSURLAUBES AUS SÜSSMUTH FÜR WEITEREN AUSBAU FAMILIENPOLITISCHER LEISTUNGEN

Der Erziehungsurlaub wird nach Überzeugung der CDU-Bundestagsabgeordneten Verhülsdonk noch in dieser Legislaturperiode um mindestens 3 Monate verlängert. Süssmuth fordert ein längeres Erziehungsgeld und eine Erhöhung des Kindergeldes, da "das Erziehungsgeld auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten in die Landschaft passe, erwarte sie zudem keine unüberwindlichen Widerstände bei der FDP".

KEINE ENTWARNUNG AUF DEM LEHRSTELLENMARKT

Bundesbildungsminister Möllemann hat Betriebe und Verwaltungen in der BRD eindringlich davor gewannt, in ihren Ausbildungsanstrengungen nachzulassen. Zwar sei die Lage zur Zeit entspannt, im April und Mai seien den Arbeitsämtern aber 14% weniger Ausbildungsplätze gemeldet worden als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Hinter den Durchschnittszahlen verbergen sich zudem gravierende Unterschiede nach Regionen, Sparten, Geschlecht und Staatsangehörigkeit. In München kommen 23 Suchende auf 1oo Dehrstellen, in Bremen aber 415! In Bau-und Baunebenberufen bewerben sich derzeit 42 Jugendliche um 1oo Stellen, in den Organisations-und Verwaltungsberufen aber 435. Von 1oo gemeldeten jungen Männern waren im Mai noch 36 ohne Lehrstelle, von 1oo jungen Frauen aber 42. Von 1oo jungen Deutschen waren 39 nicht vermittelt, von 1oo jungen Ausländern aber 53. Möllemann fordert auf, Stellen auch außerhalb des Wohnortes zu suchen, auf andere als "Traumberufe" auszuweichen und appeliert an die Betriebe Mädchen und Ausländer einzustellen.

WER IST SCHULD AN DER ARBEITSLOSIGKEIT ? FRAUENARBEIT III

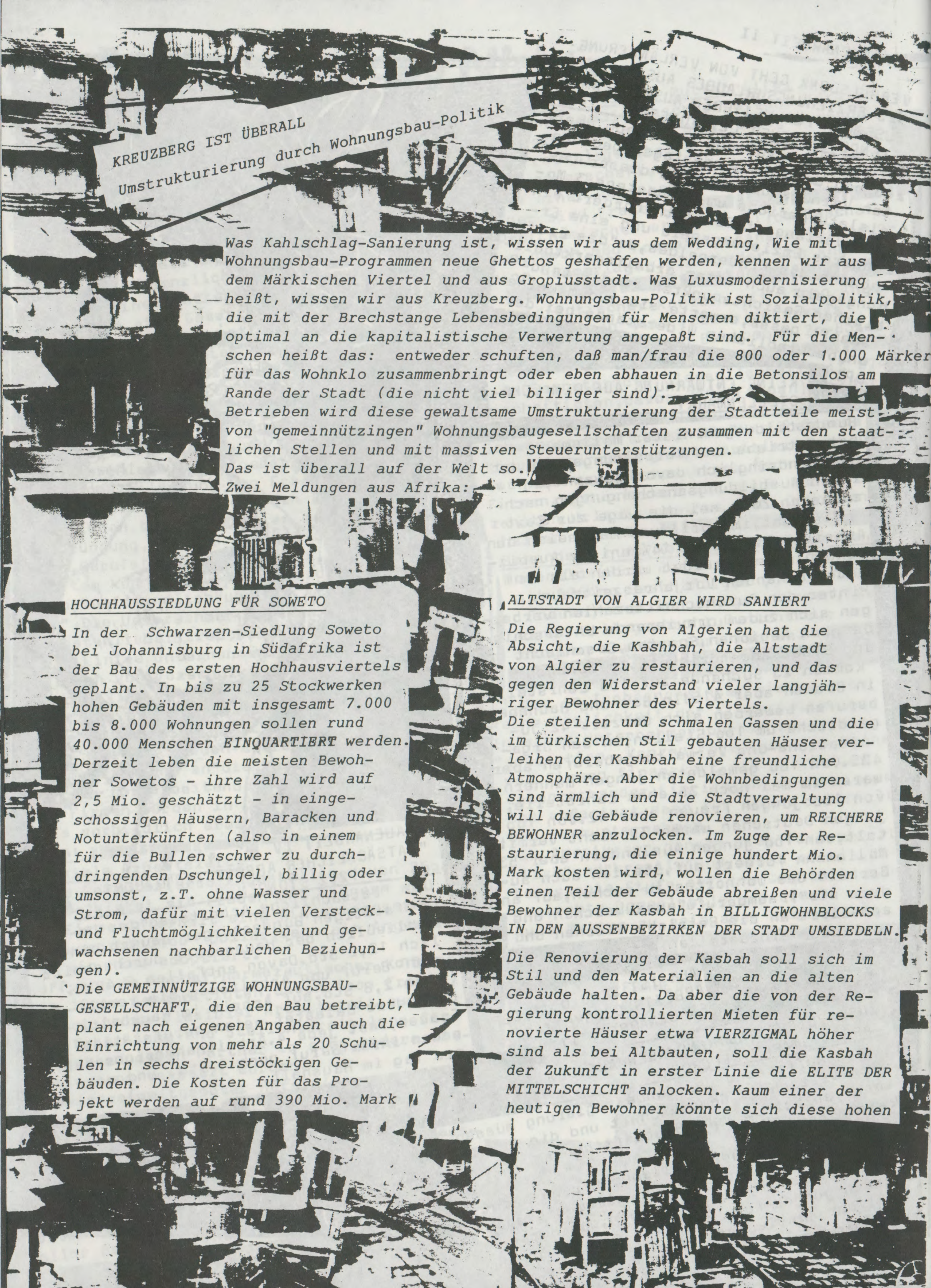
ZUSÄTZLICHE ANSTRENGUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT GEFORDERT

Nach Auffassung der Bundesregierung müssen sich Wirtschaft, Gewerkschaft und die Arbeitslosen selbst um mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bemühen.
Für die zuhehmende Stellennachfrage macht der Regierungssprecher vor allem die wachsende Erwerbneigung der Frauen, das Heranwachsen junger Ausländer und die steigende Zahl der Aussiedler verantwortlich!

FRAUENARBEIT IV

"TATSÄCHLICHER ARBEITSTAG" DAUERT 12,2 STUNDEN

Der "tatsächliche Arbeitstag" der berufstätigen Bundesbürger dauert einschließlich der Hausarbeit durchschnittlich 12,2 Std. Davon entfallen 9,4 Std. auf Beruf und Arbeitsweg, die restlichen 2,8 Std. auf Arbeit im Haushalt. Besonders belastet seien berufstätige Frauen, fast jede 4. Arbeitnehmerin schaffe neben ihrem Beruf noch 5 Std. und mehr pro Tag im Haushalt.



KREUZBERG IST ÜBERALL

Umstrukturierung durch Wohnungsbau-Politik

Was Kahlschlag-Sanierung ist, wissen wir aus dem Wedding, Wie mit Wohnungsbau-Programmen neue Ghettos geshaffen werden, kennen wir aus dem Märkischen Viertel und aus Gropiusstadt. Was Luxusmodernisierung heißt, wissen wir aus Kreuzberg. Wohnungsbau-Politik ist Sozialpolitik, die mit der Brechstange Lebensbedingungen für Menschen diktiert, die optimal an die kapitalistische Verwertung angepaßt sind. Für die Menschen heißt das: entweder schuften, daß man/frau die 800 oder 1.000 Märker für das Wohnklo zusammenbringt oder eben abhauen in die Betonsilos am Rande der Stadt (die nicht viel billiger sind).
Betrieben wird diese gewaltsame Umstrukturierung der Stadtteile meist von "gemeinnützingen" Wohnungsbaugesellschaften zusammen mit den staatlichen Stellen und mit massiven Steuerunterstützungen.
Das ist überall auf der Welt so.
Zwei Meldungen aus Afrika:

HOCHHAUSSIEDLUNG FÜR SOWETO

In der Schwarzen-Siedlung Soweto bei Johannisburg in Südafrika ist der Bau des ersten Hochhausviertels geplant. In bis zu 25 Stockwerken hohen Gebäuden mit insgesamt 7.000 bis 8.000 Wohnungen sollen rund 40.000 Menschen EINQUARTIERT werden. Derzeit leben die meisten Bewohner Sowetos - ihre Zahl wird auf 2,5 Mio. geschätzt - in eingeschossigen Häusern, Baracken und Notunterkünften (also in einem für die Bullen schwer zu durchdringenden Dschungel, billig oder umsonst, z.T. ohne Wasser und Strom, dafür mit vielen Versteck- und Fluchtmöglichkeiten und gewachsenen nachbarlichen Beziehungen).
Die GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT, die den Bau betreibt, plant nach eigenen Angaben auch die Einrichtung von mehr als 20 Schulen in sechs dreistöckigen Gebäuden. Die Kosten für das Projekt werden auf rund 390 Mio. Mark

ALTSTADT VON ALGIER WIRD SANIERT

Die Regierung von Algerien hat die Absicht, die Kashbah, die Altstadt von Algier zu restaurieren, und das gegen den Widerstand vieler langjähriger Bewohner des Viertels.
Die steilen und schmalen Gassen und die im türkischen Stil gebauten Häuser verleihen der Kashbah eine freundliche Atmosphäre. Aber die Wohnbedingungen sind ärmlich und die Stadtverwaltung will die Gebäude renovieren, um REICHERE BEWOHNER anzulocken. Im Zuge der Restaurierung, die einige hundert Mio. Mark kosten wird, wollen die Behörden einen Teil der Gebäude abreißen und viele Bewohner der Kasbah in BILLIGWOHNBLOCKS IN DEN AUSSENBEZIRKEN DER STADT UMSIEDELN.

Die Renovierung der Kasbah soll sich im Stil und den Materialien an die alten Gebäude halten. Da aber die von der Regierung kontrollierten Mieten für renovierte Häuser etwa VIERZIGMAL höher sind als bei Altbauten, soll die Kasbah der Zukunft in erster Linie die ELITE DER MITTELSCHICHT anlocken. Kaum einer der heutigen Bewohner könnte sich diese hohen

veranschlagt. DIE MEISTEN HOCHHAUS-WOHNUNGEN SOLLEN VERKAUFT UND NICHT VERMIETET WERDEN (womit offenbar die gegenwärtig verbreiteten Mietstreiks unmöglich gemacht werden sollen, bzw. die soziale Zusammensetzung des Ghettos "entmischt" werden soll)

Mieten leisten.
Einige der heutigen Slumbewohner wehren sich gegen die Umsiedelung. Das scheint für die Stadtverwaltung aber nicht der Grund der Verzögerung des geplanten Projektes zu sein. Es fehlt vielmehr das Geld. Etwa 15.000 Menschen seien seit 1985 umgesiedelt worden, sagt ein Beamter. Nach der Planung müßten noch mindestens 10.000 Menschen der etwa 60.000 Kasbah-Bewohner zum Umzug VERANLASST werden. Wer umgesiedelt wird, hängt einzig von der Bauplanung, nicht von den Wünschen der Betroffenen ab. Bewohner





STROMABSCHALTUNG IN SOWETO

Die südafrikanischen Behörden haben seit Mittwoch in vier von 17 Stadtteilen der Schwarzen-Metropole Soweto bei Johannesburg den Strom abgedreht. Damit wollen sie den zwei Jahre alten Mietboykott in der Township brechen.

Ungefähr 75-80 Prozent der rund zweieinhalb Millionen Einwohner Sowetos sollen sich in den letzten beiden Jahren an dem Mietboykott beteiligt haben. Ausgangspunkt war der Ärger über Mieterhöhungen, die jedoch von keiner Verbesserung der städtischen Leistungen begleitet waren. Außerdem wurde den vom Apartheid-Regime eingesetzten Township-Verwaltern vorgeworfen, ihre Macht zu mißbrauchen und sich zu bereichern. Vor allem Jugendliche fingen 1986 an, den Mietboykott zu organisieren. Im Lauf der Zeit weitete sich der Boykott zu einem allgemeinen Protest gegen die Anwesenheit südafrikanischer Truppen in Soweto und den Ausnahmezustand aus. Durch die Abschaltung des Stroms kam der Mietboykott in Soweto zum ersten Mal in die Nachrichten des Fernsehens.

In den vergangenen Monaten hatte die Stadtverwaltung bereits mehrere Methoden ausprobiert, um den Boykott zu brechen: im März ließ sie Türen und Fenster von Häusern zerstören, um zu verhindern, daß deren Bewohner wieder zurückkehrten, nachdem sie an die Luft gesetzt worden waren. Jugendliche bildeten jedoch sogenannte Instandsetzungsbrigaden, die die Häuser wieder bewohnbar machten und den Bewohnern beim Einzug halfen. Die „Comrades" waren so erfolgreich, daß das Regime seine als „Türenkrieg" bekanntgewordene Kampagne bald einstellte. *mf*

mit geringem Einkommen, die gern woanders hinziehen würden, QUALIFIZIEREN sich nicht für eine andere Wohnung, sofern ihr Haus nicht einstürzt oder abgerissen wird.
"Um die Kasbah erhalten zu können, brauchen wir hier einen höheren Grad von Wohlstand", sagt ein Beamter. "Wenn wir die jetzigen Bewohner hier belassen, werden wir es in 20 Jahren mit demselben Problem zu tun haben". (Und was ist das Problem?:) Während des Algerienkrieges war die Kasbah Schauplatz der Schlacht von Algier, als französische Fallschirmjäger VERSTECKTE AUFSTÄNDISCHE IN MONATELANGEN KÄMPFEN VON HAUS ZU HAUS AUFSPÜREN MUSSTEN.

Aufstandbekämpfung und soziale Selektionspolitik durch Wohnungsbau wird ganz wesentlich durch staatliche und nicht-staatliche (NGOs) Entwicklungshilfe-Organisationen finanziert und von deren "Experten" angeleitet. Wir haben keine Ahnung, welche internationalen Organisationen oder multinationale Baugesellschaften in Soweto oder Algier die Finger im Spiel haben. Wir wissen aber, welche Gesellschaft z.B. in der BRD diese weltweite Sanierungspolitik mitbetreibt. In der "Deutschen Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen" (DESWOS) sind die meisten der "gemeinützigen" Wohnungsbau- oder Bauträger-Gesellschaften der BRD zusammengeschlossen. In einer Vielzahl von Projekten ist die DESWOS überall in der Welt bemüht "das Grundrecht der Menschen auf Wohnen" sicherzustellen dabei die Breschen für die neue Welt-Sozialpolitik zu schlagen und so ganz nebenbei auch noch gute Profite für die "befreundeten" Baugesellschaften zu sichern.



Aus dem Programm der DESWOS:

"Die Wohnungsnot ist in unserer Geschichte mehrfach Herausforderung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gewesen. Wir sind dieser Herausforderung mit unserem vielfältigen und breiten Engagement begegnet und haben mit unseren Unternehmen ANGEMESSENE ANTOWRTEN gefunden"
"Wohnen als eines der Grndbedürfnisse des Menschen verknüpft sich mit vielen zentralen Lebensaspekten. Kaum hinreichend erkann sind die ENTWICKLUNGS-CHANCEN, die von sorgfältig geplanten Wohn- und Siedlungsprojekten ausgehen können."
"Die Tradition und die gezeigte Tatkraft bei der Beseitigung der Wohnungsnot in Deutschland stellt die gemeinnützige Wohnungswirtschaft in eine besondere Position gegenüber der Wohnungsnot der Menschen in den Entwicklungsländern. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind solidarische Unternehmen, ihr Betriebszweck ist nicht Profit sondern Hilfe für Menschen. Für diese Idee sind nationale Grenzen keine Schranke."

Die Beschreibung der 30 Projekte in 12 Ländern gewährt natürlich keinen Einblick in die sozialen Realitäten, die da geschaffen wurde. Es wiederholen sich jedoch immer wieder folgende Aspekte in der Durchführung:
- das Selbsthilfeprinzip (d.h.zusätzliche Ausbeutung der Betroffenen nach den Plänen der "hilfs"-Organisationen und der staatlichen Institutionen
- hauptsächlich FRAUENARBEIT
- einkommensschaffende Maßnahmen in das Projekt integrieren, z.b. KUNSTGEWERBLICHE ARBEITEN FÜR FRAUEN (d.h. Abschaffung



der subsistenz-orientierten Lebensformen auf dem Land
- bei Umsiedlungen Arbeitsplätze in Wohnnähe schaffen (was nach eigenem Eingeständnis der DESWOS zwar erst versprochen, dann aber meist nicht eingelöst wird.
- Verankerung von KREDITSYSTEMEN im Zusammenhang mit dem Häuserbau


Volkssport

SHELL-DAS SCHWEIN MIT DER MUSCHEL

Der britisch/niederländische Shellkonzern ist der größte europäische Konzern und der III-größte überhaupt. Shell macht seine Profite hauptsächlich im Erdölgeschäft, aber nicht nur dort.

-Shell ist an der Ausbeutung der Nordsee beteiligt

-Die Shell-Tochter Billiton fördert Uran in Australien. Dadurch werden die Lebensgrundlagen vieler Aborigines, den australischen Ureinwohnern zerstört.

-Shell betreibt eine Urananreicherungsanlage in Almelo/Holland, wo unter Anderem völkerrechtswidrig gewonnenes Uran aus Namibia verarbeitet wird

-Shell ist gleichzeitig einer der größten Chemiekonzerne, und zwar 4-größter Produzent von Pestiziden auf der Welt. Shell stellt etwa 90% des gefährlichen und in Europa verbotenen Dieldrins her und exportiert es in die armen Länder. (ähnliches gilt für DDT)

-Shell ist der größte Saatgutproduzent der Welt und gehört damit zum Kartell für die wichtigsten Nutzpflanzen Weizen, Mais und Soja. Dabei arbeitet Shell mit Gentechnologie. Shell verkauft fast ausschließlich nicht vermehrungsfähige Hybridsaat, d.h. die Bauern müssen das Saatgut jedes Jahr neu vom Konzern kaufen. Shell forscht an der genetischen Vermischung von Mais und Weizen. Weiterhin versuchen sie Gene in ihr eigenes Saatgut zu bringen, die sie gegen die Pestizidgifte unempfindlich machen, natürlich nur gegen die Gifte von Shell. Das bedeutet, daß die Bauern Saat und Gifte vom selben Konzern, nämlich Shell kaufen müssen. Also, Shell macht die Gewinne, die Bauern werden abhängig, der Boden wird verseucht, alle anderen Pflanzen sterben und die genetischen Grundlagen unsrer Nutzpflanzen verarmen.

Darüberhinaus arbeitet Shell daran, genetisch manipulierte Bakterien für die Produktion von Pestiziden zu erfinden. Patente für die Grundbausteine des Lebens, die Gene sind bereits in den USA beantragt.

Shell in SÜDAFRIKA

Shell ist einer der wichtigsten Komplizen des Rassistenregimes in Südafrika. 1985 war Shell mit rund 2,5 Milliarden DM der größte ausländische Investor überhaupt. Shell hat rund 7000 Lohnabhängige, hauptsächlich Schwarze in Südafrika beschäftigt. Die erarbeiteten 1986 einen Umsatz von etwa 7 Milliarden DM und einen Reingewinn von 100 Millionen in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen.

-ÖL: Südafrika hat keine eigenen Erdölvorräte. Die Abhängigkeit des Rassistenregimes ist eine der Achillesfersen des Rassistenregimes. Shell liefert 20% des südafrikanischen Bedarfs an Öl und Benzin. Dazu dienen rund 800 Tankstellen und eine riesige Raffinerie, die Shell zusammen mit BP betreibt.

Damit nicht genug: Shell beliefert die Streit- und Unterdrückungskräfte des Regimes zu Vorzugsbedingungen. Shell hat immer wieder den Lieferboykott der OPEC-Länder durchbrochen, und zwar durch Zwischenhändler und Briefkastenfirmen. Dafür zeigt sich das Rassistenregime in Südafrika dankbar. Immer wieder zahlte es an Shell Sonderprämien. Allein diese Zusatzprämien brachten 1980 einen zusätzlichen Gewinn von 300 Millionen DM für Shell.

-KOHLE: Shell gehört zu 50% eine riesige Zeche mit 6 Mio. Tonnen Förderung pro Jahr. Die 1460 schwarzen Minenarbeiter machten 1985 wegen der miesen Löhne einen 5-tägigen Streik. Shell hetzte die Minenpolizei auf die Arbeiter. Diese stürmte die Zeche und verletzte 31 Arbeiter mit Gummischrot. 84 der Arbeiter wurden entlassen und deportiert.

-CHEMIE: Shell besitzt eine Chemiefabrik in Durban. Dort wird das o.g. Dieldrin produziert und, da es auch in Südafrika verboten ist, in andere afrikanische Länder exportiert.

-FORSTWIRTSCHAFT: Seit 1985 investiert Shell auch in Südafrikas Forstwirtschaft. 7000 Hektar Wald wurden gekauft. Die 300 Arbeiter waren Shell egal. Sie wurden entlassen und dafür Maschinen eingestellt.

Wir haben in der Nacht vom 10/11.7. 5 Shell-Tankstellen den Hahn abgedreht und ihnen Zucker in den Tank gefüllt.
Alle Multis betreiben Ausbeutung der Natur und der Menschen für ihre Profite. Shell betreibt Ausbeutung in einer ihrer unmenschlichsten Formen, mithilfe des Rassismussystems in Südafrika. Klar ist, daß dieses System nur durch Banken und Konzerne überlebensfähig ist. Und ohne den Sprit von Shell und anderen wäre es längst am Ende, wären Justizmorde wie die an den Sharpville-Six nicht möglich. Verluste durch Umsatzeinbußen und Sachschaden ist die Sprache, die die Kapitalisten verstehen, und das muß bei einer Weltmacht wie Shell in vielen Ländern geschehen. Deshalb gibt es Shell-Boykotte in den USA, den Niederlanden und Großbrittanien, Sabotageaktionen in Schweden, Dänemark und Holland.. und jetzt auch in Westberlin. JEDE/R KANN MITMACHEN!!!!!
——— übrigens sitzt der ehemalige Weltbankpräsident McNamara im Aufsichtsrat———

WER SHELL TANKT, TANKT APARTHEID!
SHELL BOYKOTTIEREN, SABOTIEREN UND VERJAGEN!

INTERNATIONALISTISCHE ZELLEN



Nächstes Mal wird Kewenig entführt!

Berlin, der 6.7.

mysteriöserweise liessen sich heute morgen die türen von 40 autohändlern, werkstätten+luxusautos nicht mehr öffnen...
Diese kleine denkpause sollte genutzt werden. Und zwar von den zukünftigen westtangentenbenutzerInnen + denen, die an dem teil verdienen
Durch die neue sechsspurige autobahn werden einige der wenigen vorhandenen frei- +wildflächen zubetoniert. Widerstand dagegen wurde am 26.5. durch die besetzung des KUBAT△s zum ausdruck gebracht.
Das ehemalige "lenne-dreieck" wurde von den besetzerInnen zum NORBERT-KUBAT△ umbenannt. Der wurde am 1.mai 87 festgenommen und vom menschenverachtenden knastsystem in den tod getrieben.

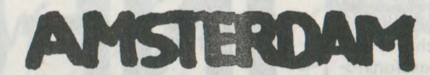
westberlin soll zur autogerechten und blankpolierten vorzeigestadt hergerichtet werden. Dem sollte auf dem KUBAT-△ der versuch eines selbstbestimmten+kollektiven zusammenlebens entgegengestellt werden. Das△ wurde am 1.7. mit massivem bulleneinsatz geräumt.

DAFÜR LASSEN WIR SIE VOR VERSCHLOSSNEN TÜREN STEHN !!!

Jeder raum, in dem die herr-schenden die möglichkeit von widerstand wittern, wird zerstört. So wurde die PFUELSTRASSE geräumt, das SO36 saniert und die besetzte SPRENGELFABRIK ist von der räumung bedroht!

ERKÄMPFEN WIR UNS LEBENSRAUM FÜR WILDWACHSENDE PFLANZEN+MENSCHEN!!

viadp MONC

DAS FRAUENINFOCENTRUM 

Anti-Rassismus, Anti-Faschismus, Besetzen, Anti-Apartheid, Anti-Imperialismus, Anti-Sexismus, Anti-Militarismus, Anti-Patriarchal, Anti-..........
Aber hast Du nicht auch das Gefühl, daß der Frauenkampf in gemischten Zusammenhängen oft untergeht oder verschwiegen wird? Und hinter dem Kampf um die "grösseren Ziele zurückstehen muss? Warum ist das Patriarchat selten ein Thema in der linken Bewegung?
Kriegst Du manchmal auch Bauchweh durch das Verhalten der Männer während Demo's oder Aktionen? Aber findest Du es schade, dass in der Frauenbewegung wenig Platz für radikalen, politischen Kampf ist? Vermisst Du auch, dass Frauenunterdrückung nicht in einen internationalen Zusammenhang gesetzt wird? Und gefällts Dir auch nicht, dass viele Feministinnen ihre Rebellion vergessen wenn sie Karriere gemacht haben?
Wir vermisten auf jeden Fall den Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen Faschismus, Imperialismus usw. und dem Kampf gegen Sexismus und Patriachat.
Wir kamen zusammen und beschlossen weiterzumachen, um einen Raum zu schaffen für Frauen, um gemeinsamen Widerstand zu entwicklen, um Informationen zu sammeln, um eigene Aktionsmittel zu verwenden gegen imperialistische und patriachale Machtverhältnisse.

Warum wir was wollen

Warum Frauenkampf wichtig ist, ist hoffentlich bekannt. Aber gut, einen nochmalige Aufzählung:
Weil Arbeit für Frauen nie aufhört, unter- bzw. unbezahlt, langweilig und eintönig ist, und wir die Ersten sind die entlassen werden und es wichtiger ist wie wir aussehen als was wir tun und wenn wir vergewaltigt worden es unsere eigene Schuld ist und wenn wir zusammengeschlagen worden wir es wohl herausgefordert haben und wenn wir unsere Stimme erheben hysterische Weiber sind und wenn wir Sex schön finden Huren sind und wenn wir es nicht schön finden frigide sind und wenn wir Frauen lieben es so ist, weil wir keinen "echten" Mann kriegen können und wir unserem Arzt zuviel Fragen stellen wir neurotisch und/oder besserwissersich sind und wenn wir finden , dasz die Sorge für undereKinder nicht nur unser Problem ist, wir egoistisch sindund wenn wir unsere Rechte fordernwir agressiv und "unweiblich" sind und wenn wir es nicht tun typisch "schwache" Frauen sind und wenn wir heiraten wollen nur darauf aus sind uns einen Mann zu angeln und wenn wir es nicht wollen "unnatürlich" sind, und weil wir immer noch kein gutes sicheres Verhütungsmittel kriegen können, aber Männer schon auf dem Mond laufen können und wenn wir keine Schwangerschaft wollen uns ein Schuldgefühl aufgedrängt wird, und.........
Wegen diesen und vielen anderen Gründen sind wir ein Teil der Frauenbefreiungsbewegung.
Was wir eigentlich wollen ist die Entwicklung ienes Frauenkampfs, worin neben den geschlechtsspezifischen auch andere Machtverhältnissediskutiert werden.
Dafür haben wir einen Anzahl von Gründen:
- Das Leben von schwarzen, farbigen und Flüchtlingsfrauen und Frauen aus dem Trikont wird nicht nur von Sexismus, sondern auch von Rassismus und Imperialismus bestimmt. Weisse Frauen profitieren davon ob sie es wollen oder nicht. Wir - als weisse Frauenin den Metropolen - lehnen ein System ab das's o uns Privilegien auf Kosten von anderen (sowohl Frauen als auch Männer) verschafft, weil wir für eine Welt ohne Unterdrückung basierend auf dem Geschle Geschicht klasse oder andere Unterscheidungen kämpfen.
- Wir möchten verschiedene Machtsstrukturen bekämpfen weil wir es auch für uns als weisse Frauen inden Metropolen als Notwendigkeit erachten. Unsere Position ist es, dasz Sexismus, Rassismus, Kapitalismus, Imperialismus mit einander verknüpfte Unterdrückungssysteme darstellen. Allein Sexismus oder Kapitalismus oder Rassismus bekämpfen kann nicht zu fundamentalen Veränderungen führen.

Schliesslich wollen wir Verbindungen herstellen mit anderen Gruppen die Für fundamentale Änderungen kämpfen. Wir sind der Meinung, dasz wird jedoch nur möglich sein wenn wir uns gegenseitig was zu bieten haben.
Im andere Wörtern:
Sowie wir nichts von einen linken Bewegung zu erwarten haben die Sexismus als "Nebenwiderspruch" abtut, so können schwarze, farbige undeingewanderte Frauen hier und Frauen im Trikont Nichts von einen Frauenkämpf erwarten der sich nicht gegen Rassismus und Imperialismus wendet.

Wir möchten soviel Informationen wie möglich sammeln über Bereiche die bereits zudiesem Zeitpunkt eine Rolle spielen, bzw. später eine Rolle spielen oder Frauen interessieren. Wir denken dabei an Genentechnologie, Flüchtlingspolitik die europaische Zusammenschlusz, ultra-rechten Tendenzen in Europa wie zB Section 28, in England und Le Pen in Frankreich.

Auf lange Sicht haben wir zum Ziel einArchiv aufzubauen, das allenFrauen die Interesse daran haben offen zur Verfügung steht, ausserdem möchten wir gerne Kontakt aufnehmen mit Frauen(-Gruppen)in und ausserhalb von Holland die an demselben Thema arbeiten.
Wenn ihr mehr darüber wissen wollt, Info's habt oder selbst in einer Gruppe an irgendwas arbeitet, GEBT UNS BESCHEID!!!!!

DAS FRAUENINFOCENTRUM
P.O.Box 15527
1001 NA Amsterdam Holland



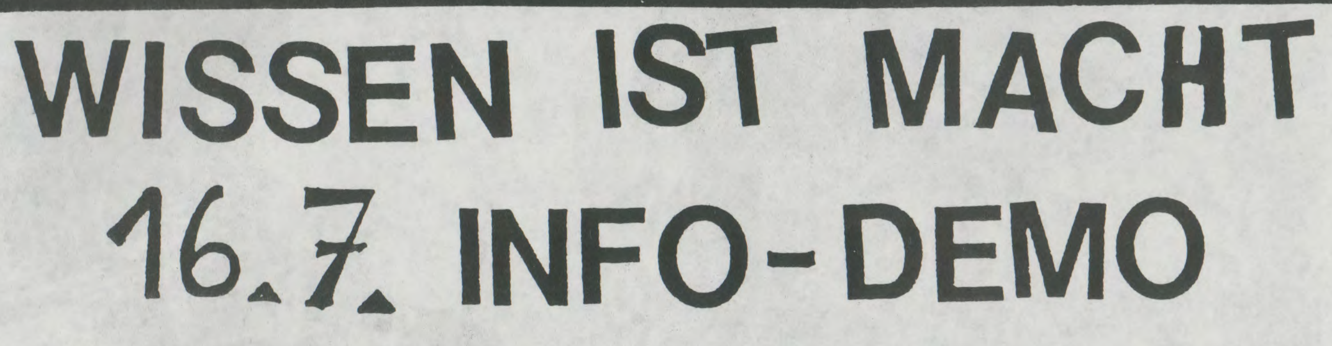
Die Häuser denen die drin wohnen

Seit Anfang des Jahres ist die Miete durchschnittlich um 21% gestiegen.
Denn: Berlin ist weiterhin ein lukrativer Ort für alle, die uns Modernisierung, Abriß, Bauspekulation und -finanzierung, letztendlich durch Ausbeutung der Mieter, Kapital schlagen.
Die behutsame Stadterneuerung von STERN und IBA und die Beschäftigungsprogramme für Selbsthelferinnen konnten und sollten daran nichts ändern. Gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung gab es zwar eine Menge Aktivitäten wie Unterschriftensammlungen, doch dies reichte nicht aus. Auch die"gemeinsame" Mietspiegelerstellung von Mieterinstitutionen und den Hausbesitzern war lediglich eine kosmetische Operation, die erhöhte Mieterausbeutung wurde dadurch zwar etwas verlangsamt, aber in keinster Weise aufgehoben.
Wir kämpfen nicht gegen ein diffuses Monster - unsere Gegner sind benennbar: es sind die Hausbesitzer und die Wohnungsbaugesellschaften, die Makler und Banken, der Senat und die Baumafia, einen kleinen Einblick davon gab uns der Antes-Skandal.

Wenn wir nur in den Stadtteilen auf die Straße gehen, in denen wir wohnen und sagen:

- daß keiner an uns verdienen soll
- daß niemand bestimmen darf, wie wir leben
- daß die Häuser niemandem gehören
- sondern daß die Menschen, die drin wohnen, darüber bestimmen, wer drin wohnt und wie das Haus instandgehalten und verändert wird

ist dies ja schön und richtig, um zu sehen, wieviele von uns so denken und danach handeln. Dennoch ist es an der Zeit, den Verantwortlichen direkt zu zeigen, was wir von ihnen denken und was wir wollen.
1981 besuchten die HausbesetzeInnen und ihre UnterstützerInnen in einer "Grunewalddemo" "ihre" Hausbesitzer und Spekulanten. Die Verunsicherung von den Besitzenden war enorm. Es gab sogar einige, die zogen anschließend nach Westdeutschland. Die Anleger bei sog. Abschreibungsgeselleschaften hieleten sich für einige Zeit zurück, der Spekulations- und Profitmarkt kam leicht ins Wanken. Die bürgerliche Prtesse hetzte, sprach von Psychoterror gegen Hausbesitzer und arme Spekulanten, und setzte die Demonstranten mit SA-Horden gleich.
Wir verstehen die geplante Demo im September 88 (Anfang Sept.) zu den "Bonzenvierteln" als eine offensive Möglichkeit im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben und wollen die momentanen sozialen Verhältnisse verändern- trotz des "Weißen Kreises".
Mie einer Demo allein ist dies natürlich nicht getan. Ein wichtiger Faktor ist die Moblisierungsphase vorher. Es wäre z.B. jetzt schon möglich, damit zu beginnen, unser Wissen über die Praktiken von Hausbesitzern und Banken, Maklern und Spekulanten in Form von Plakaten und Kurzkundgebungen vor den betreffenden Objekten kundtzutun. Je mehr MieterInnen hören und sehen, daß die Sprach- und Hilflosigkeit überwunden werden kann, desto mehr kriegen auch den Mut, sich zu wehren.
Dies gilt auch für die verschiedenen Gruppierungen, die bisher noch weitgehend isoliert voneinander zum Thema Mieten, Spekulation etc. arbeiten. Alle, die in diesem Bereich tätig sind, sollten sich nicht durch die verschiedenen Ansätze spalten lassen.
Durch verschiedene Aufrufe werden viel mehr Leute erreicht und jede Gruppierung wird sich zu dieser Demo ausdrücken können. Weitere praktische Schritte liegen in der Untersuchungsarbeit, in Kurzkundgebeungen, Transparentaktion ... unserer Phnatasie sind keine Grenzen gesetzt.
Zur wieteren Diskussion und um die verschiedenen Aktivitäten besser koordinieren zu können, laden wir euch zu einem Vorbereitungstreffen ein: ?



14°° KAISER WILHELM PLATZ

Crellestr./ Helmstr.
Hauptstr.
Potse

zum

KUBAT ▲

Wir, die Besetzer des Kubat△'s wollen mit der Demoroute, die parallel zur geplanten Westtangente verläuft die Ausprägungen des Schweinesystems in dem wir leben und unser'n Widerstand dagegen aufzeigen.
Unser Kampf richtet sich nicht nur gegen die Westtangente, sondern generell gegen die menschenverachtende Politik des westberliner Senats und gegen das kapitalistisch-patriachale System.
Diese Route zeigt, wie auch viele andere, die Kontinuität des Faschismus anhand seiner bisherigen Erscheinungsformen:

Kleistpark:	Volksgerichtshof - Oberschwein Freisler und Konsorten
Potse/Pallasstr.:	Sportpalast - Goebbels "Totaler Krieg"
Potsdamer Platz :	Führerhauptquartier/-bunker Gestapogelände

und seiner heutigen Erscheinungsformen:

Überwachung
Umstrukturierung (Mietwucher, Spekulantentum, Leerstände)
Medienhetze Bullenterror 129a
subtile Ruhigstellung der Leute durch Videoshops, Kabel-TV, Spielhöllen, Sexshops, Wohnbunker, Supermärkte statt Tante Emma Läden..........

Wer aus der Reihe tanzt wird niedergeknüppelt, in Knäste/ Klapse gesteckt.
Hausbesetzer werden mit ausbeuterischen Verträgen geködert oder geräumt bzw. rausgeschmissen (Reiche 63a, Pfuel 5, Wrangel 90, Luckauer 3, Potse 157/159(KOB)..............)
Linke Kultur (PUNK, Alternaiv) wird plattgemacht oder soll sich Auflagen unterwerfen (Schlemihl, SO 36, TEK, Blockshock, Pink Panther, Drugstore.............)
Alternative Lebensformen werden nicht geduldet wie mensch am Kubat△ sieht, erst eingezäunt, vergast und dann in den Osten gejagt, Als nächstes sollen die Wagenburgen dran glauben

jeden Sonntag
△-Sparziergang
Trödelmarkt/R-Ufer ab 13°° Uhr
und anschliessend Grillfete
auf'm Dreieck

DOCH DER KAMPF GEHT WEITER

SCHAFFT VIELE DREIECKE

KOMMT ZUR DEMO

bisherigenUnterstützerInnen: Asta / Tu / Fu Komm.Ref.
AL / AL-Jugendbereich, Netzwerk/Bund/BI Westtangente/SEW, Falken etc...


SEXTOURISMUS
PORNOGRAPHIE
MACKER
SEXSHOPS
FAMILIE
WERBUNG
VERGEWALTIGER
KNAST
WELTBANK
ARBEIT
SIEMENS
EG
BKA
DEUTSCHE BANK
STAAT
BULLEN
PSYCHIATRIE
BOLLE
Wer trifft ins Ziel?